Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 118. Donnerstag den 24. Mai. 1849.

Inland.

Berlin, den 23. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schneider Joseph Rossa zu Stuhm, im Regierungs-Bezirk Marienwerder, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. Excellenz der Königlich Sächsische Staats-Minister Behr, ist nach Dresden abgereist.

Justiz-Ministerium. Der bisherige Rechts-Anwalt und Notarius Block zu Roßla ist als Rechts-Anwalt an das Kreisgericht zu Burg versetzt und ihm das Notariat für das Departement des Appellationsgerichts zu Magdeburg verliehen worden.

Nachstehende Verordnung ist an das General-Post-Amt ergangen: Nachdem Se. Majestät der König mittelst Allerhöchster Verordnung vom 14. d. M. das Mandat der im Preußischen Staate gewählten Abgeordneten zur Deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M. für erloschen zu erklären geruht haben, so fällt die den sämmtlichen Abgeordneten der gedachten Versammlung durch die Erlasse vom 3., 17. und 24. Juni v. J. (Post-Amtsblatt Nr. 28, 30 und 32) bewilligte Porto-Freiheit auf den Preußischen Posten vom 27. d. M. ab weg.

Die Post-Anstalten haben sich hiernach zu achten.

Berlin, den 19. Mai 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
(gez.) von der Heydt.

CC Berlin den 19. Mai. Ueber den Stand der Verhandlungen der hier zusammengetretenen Abgeordneten Deutscher Regierungen erfahren wir aus sicherer Quelle Folgendes: Die Nachricht der Allgem. Zeit.-Correspondenz, daß man in der Deutschen Verfassung das suspensive Vetro mit gewissen Beschränkungen festhalten werde, ist falsch. Die Möglichkeit einer starken Centralgewalt würde damit ausgeschlossen sein. Hannover, Sachsen und Preußen sollen in der Verfassungsarbeit in vollester Harmonie sein; die Verfassung selbst wird binnen kürzester Frist zur Publikation reif sein. Herr Prokesch von Osten nimmt an den Arbeiten nur als Zuhörer zu seiner Information Antheil, eine Stimme führt er dabei nicht. Ueber Bayern's Stellung kann man etwas Zuverlässiges nicht erfahren; viele Personen wollen wissen, daß seine Haltung nicht gerade die loyalste und aufrichtigste sei; indeß wird sich das geben, wenn die süddeutsche Bewegung in ihrem Fortschreiten die völlige Machtlosigkeit und Morschheit dieses Staates offen an den Tag gebracht hat; der Uebermuth und die Lust an einer südwestdeutschen Hegemonie wird dann wohl ein eben so klägliches Ende nehmen, wie der Stolz des Würtembergischen Hauses, das sich unter einen Hohenzollern nie unterordnen wollte.

— Waldeck ist nicht, wie es heute hieß, seiner Haft entlassen. Auch d'Ester und der Handlungsdiener Ohm werden, des Hochverraths angeklagt, steckbrieflich verfolgt. Die in des Letztern Wohnung angestellte Nachsuchung soll Briefe und Papiere von der höchsten Wichtigkeit zu Tage gefördert haben. Die meisten waren von ihren Verfassern zum Verbrennen bestimmt, was aber von Hrn. Ohm versäumt wurde.

Berlin, den 21. Mai. Sicherm Vernehmen nach ist die Verfassung Deutschlands, die der König in der Ansprache an sein Volk, als aus der Einigung der großen Deutschen Staaten hervorgehend, und als nahe bevorstehend ankündigte, fast vollendet. Man meint, sie würde vorläufig sofort für 25 Mill. Deutsche geltend sein und zwischen diesen und Oesterreich ein enges und bleibendes politisches Bündniß herstellen. — Man hat dabei, wie verlautet, von dem zu Frankfurt angenommenen Entwurfe Alles beibehalten, was sich darin auf die Einigung, Kräftigung und wirkliche politische Freiheit Deutschlands bezog, und nur dasjenige daraus ausgemerzt, was in Folge des Compromisses der gemäßigten Partei mit der Linken und auf die Aufforderung der Letztern in dem Entwurfe Platz gefunden hatte. — Man glaubte, daß es möglich gewesen wäre, Etwas besseres als den Frankfurter Entwurf selbst in dessen beibehaltenem Theile zu liefern. Der Geist der Versöhnlichkeit aber, der in einem so hohen Maße auf dieser Seite stattfindet, hat es vorziehen lassen, dem gemäßigten Theile der Frankfurter Versammlung jenes Anerkenntniß nicht zu versagen. Auch sollen die Preußischen Bevollmächtigten in der Berliner Conferenz dem anerkannten Talente und Deutschem Patriotismus Stüve's die verdiente Huldigung dargebracht haben, sich fast immer seinen Ansichten anzuschließen, so daß der Name Stüve's als unzertrennlich von der Verfassung zu betrachten sein dürfte, die hoffentlich für Jahrhunderte die politische Zukunft Deutschlands regeln wird.

— Von allen Seiten hört man andauernd über die perfide Haltung Baierns in der Deutschen Verfassungsfrage klagen. Baiern vergißt, daß nur Preußische Truppen die Pfalz ihm wieder erobern können. Die Baierische Hinterlist wird aber binnen Kurzem kläglich zusammenbrechen; der Aufstand durch ganz Baiern wird von seiner eigenen Kammer angefacht werden und wir wollen sehen, wie das Häuflein von 12,000 Mann Truppen, — auf welche sich die frühern Prahlereien von einer Armee von 80,000 Mann reduzirt haben — dem Sturm Widerstand leisten mag. Möge Baiern sich an die Spitze eines aufgelösten chaotischen Südwestdeutschland stellen und mit der Frankfurter Verfassung regieren. Preußen wird es darum nicht beneiden. — Wenn aber dann die landesflüchtigen Wittelsbacher — und das kann nach dem Vorgange Badens nicht ausbleiben — die Früchte einer perfiden Politik erntend um Preußischen Schutz flehen werden, dann wird die Einsicht zu spät gekommen sein.

Gleiche Klagen wollen Wohlunterrichtete über die Oesterreichische Politik begründet finden. Eine Großmacht, die sich herablassen mußte, trotz der stolzen Sprache, die sie in Italien führt, im eigenen Lande fremde Hülfe zur Unterdrückung des Aufstandes anzurufen, kann in ihren Entschließungen kaum mehr für frei erachtet werden. Gestützt auf Russische Bajonnette glaubt Oesterreich Preußens ernsten und loyalen Bestrebungen in der Deutschen Frage immer neue Hindernisse in den Weg legen zu dürfen. Es schürt die Zwietracht in Frankfurt, indem es den unglücklichen Reichsverweser antreibt, den schon unhaltbar gewordenen Posten zu behaupten, damit er nur nicht in Preußens Hände gelange, das allein die Macht besitzt, ihn zu behaupten. Oesterreich schürt in Berlin, damit das Verfassungswerk nicht zu Stande komme, das endlich Deutschland Ruhe, Frieden und Einigkeit bringen soll. Preußens Geduld wird endlich abgelaufen sein! — Wir hören, daß Herr Prokesch v. Osten an den Berathungen, bei denen er bekanntlich zu seiner Information zugegen war, bereits keinen Antheil mehr nimmt.

— Es soll Aussicht vorhanden sein, daß in dem neuen Wahlgesetz, welches in den nächsten Tagen erwartet wird, die öffentliche Abstimmung aufgenommen wird. Der Poll ist das Palladium der verfassungsmäßigen Freiheit in England, die geheime Abstimmung, die Beseitigung des Poll ist das Alpha und Omega der chartistischen Agitation. Dem germanischen Charakter entspricht die offne Stimmabgabe; sie wird uns bewahren vor den Wühlereien einer Partei, die im Finstern schleicht und ihren Erfolg in dem heimlichen Berücken der Stimmenden sucht. Man sagt, die Landwehr werde ihr Stimmrecht durch Einsendung der Stimmzettel in ihre Gemeinden ausüben, eine Bestimmung, die im Augenblick, wo hunderttausend der tüchtigsten Urwähler unter den Waffen stehn, gerecht und weise ist.

Ueber ein Drittel der bekannt gewordenen Französischen Wahlen sind roth ausgefallen. — Nach Privatbriefen auf Braunschweig stehen dort ähnliche Ereignisse, wie in Baden, in Aussicht.

Berlin, den 21. Mai. Auf außerordentlichem Wege geht uns so eben noch die Nachricht zu, daß die National-Versammlung in ihrer Sitzung vom Sonnabend den 19. Mai folgende Anträge (der erste mit 126 gegen 116 Stimmen) zum Beschluß erhoben hat:

Die verfassunggebende Reichsversammlung: In Anbetracht der gefährlichen Lage des Vaterlandes und der dringenden Nothwendigkeit, alsbald einen festen, verfassungsmäßigen Zustand für Deutschland herbeizuführen; in Erwägung, daß eine kräftige Durchführung der beschlossenen Reichsverfassung erst dann möglich wird, wenn dieselbe in allen ihren Theilen vollendet, insbesondere für Ausübung der Befugnisse des Reichs-Oberhauptes Fürsorge getroffen ist; in Erwägung, daß eine starke selbstständige Regierungsgewalt bei den täglich drohender werdenden Ereignissen nicht länger entbehrt werden kann, zur Zeit aber schon viele Tage hindurch nicht einmal ein Ministerium mit voller Verantwortlichkeit dasteht: beschließt auf Grundlage und zur Ergänzung ihrer Beschlüsse vom 4. Mai:

I. Die Versammlung wählt sofort — wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten — einen Reichs-Statthalter, welcher bis zu dem im Beschlusse vom 4. Mai (Nr. 5 und 6.) vorgesehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichs-Oberhauptes — nach Abschnitt III. der Reichsverfassung — ausübt.

II. Der Reichs-Statthalter leistet den in §. 190. der Verfassung vorgeschriebenen Eid auf die Reichs-Verfassung vor der verfassunggebenden Reichs-Versammlung und tritt dann die Regierung an.

III. Der Reichs-Statthalter hat sofort nach Antritt der Regierung wegen Leistung des in den §§. 191 und 194. vorgeschriebenen Eides der Reichs-Beamten und der Angehörigen der Einzelstaaten auf die Reichs-Verfassung das Nöthige zu verfügen.

IV. Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum ersten Reichstage und Berufung des Reichstages, in Gemäßheit der Beschlüsse vom 4. Mai (Nr. 2 und 3.) Vorkehrung zu treffen.

V. Zur Ausführung der §§. 77. ff., 85. ff. der Verfassung tritt, bis zur Zusammenkunft des ersten Reichstages, die gegenwärtige Vesammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstages ein und übt solche nach Maßgabe des Abschnitts IV. Art. V. VI. VII. VIII. IX. der Reichsverfassung.

Ausgenommen hiervon ist die Bestimmung wegen der beschlußfähigen Mitgliederzahl, rücksichtlich welcher es bei dem Beschlusse vom 30. April verbleibt.

VI. Sollten der in Nr. 5 und 6. der Beschlüsse vom 4. Mai vorgesehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächstgrößten Staaten Deutschlands nicht zu beseitigende Hindernisse im Wege stehen, so führt der gewählte Reichsstatthalter sein Amt auch nach dem Zusammentritt des Reichstages fort, und es hat sodann Letzterer wegen Ausführung des §. 69. der Verfassung die nöthigen Bestimmungen zu treffen.

VII. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses, als wodurch das Verfassungswerk für Deutschland in Ausführung gebracht wird, hört, gemäß dem Gesetze vom 28. Juni 1848, §. 15., die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugnisse in dem erweiterten Umfange, wie solches der Abschnitt „die Reichsgewalt" bestimmt, auf den Reichsstatthalter übrr.

Unterstützt von: Hollandt. Wurm. Rießer. Ostendorf. Cetto. Plaß. Quintus. Gravenhorst. Federer. Hirschberg. Schorn. Eckert. Becker aus Trier.

(Anm. Dies ist der frühere Antrag des Abgeordneten Biedermann, mit Auslassung der ursprünglichen Nro. VII. desselben.)

Antrag des Abgeordneten von Reden, zu allen vorliegenden selbstständigen Anträgen: In Verfolg der Beschlüsse vom 26. und 30. April, 4. und 10. Mai d. J, — welche sämmtlich die Durchführung der Reichsverfassung auf gesetzlichem Wege durch Zusammenwirken der Freunde der Verfassung in derselben Richtung und mit gleichen Mitteln bezwecken — beschließt die Nationalversammlung: 1) zu erklären, daß sie jedem Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Regierungen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, ihrerseits entgegentreten wird; 2) die verfassungsgetreuen Regierungen aufzufordern, sofort, in Uebereinstimmung mit der Centralleitung durch planmäßiges Zusammenwirken, die zur Durchführung der Verfassung und Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen.

Breslau, den 21. Mai. Der Kaiser von Oesterreich ist auf der Oberschlesischen Eisenbahn in der verflossenen Nacht von Olmütz nach Warschau gereist.

Königsberg, den 20. Mai. Aus den Beschlüssen der gestern versammelten Deputirten aus 23 Städten unserer Provinz heben wir folgende Erklärung hervor: Der Städtetag in Erwägung, daß die verfassunggebende Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. die Gesammtheit des deutschen Volkes vertritt und ihr Ausspruch oberstes Gesetz für ganz Deutschland ist; in Erwägung, daß daher die deutsche Reichsverfassung, wie sie am 28. März d. J. von der Reichsversammlung verkündigt worden, endgültiges Gesetz ist; in Erwägung, daß das in die Preuß. Gesetzsammlung aufgenommene Gesetz vom 17. Oktobr. 1848 jeden Angriff auf die Reichsversammlung, um sie auseinander zu treiben oder Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder dieselbe zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, mit der Strafe des Hochverraths bedroht; in Erwägung, daß nach dem Reichsgesetze vom 28. Juni 1848 über die provisorische Centralgewalt die blutige Intervention der Preußischen Regierung im Königreich Sachsen eine eigenmächtige und ungesetzliche Maßregel ist; in Erwägung, daß die bisherige Politik der Preußischen Regierung unser Vaterland in unsägliche Zerwürfnisse gestürzt, Bürgerkrieg entzündet hat, und den Nothstand des Volkes aufs Aeußerste treibt; erklärt, daß nach seiner innigsten Ueberzeugung eine Rettung der Ehre und des Glückes unseres theuren Vaterlandes nur noch möglich ist, wenn: 1) das Ministerium Brandenburg-Manteuffel sofort entlassen, und durch ein volksthümliches Ministerium ersetzt wird; 2) die deutsche Reichsverfassung unverzüglich eingeführt; 3) die Kammern ohne Abänderung des auch in der Verfassung vom 5. Dez. 1848 garantirten Wahlgesetzes sofort einberufen werden; 4) das sowohl mit der deutschen Verfassung, als auch mit der oktrohirten Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 im Widerspruch stehende und einen unerhörten Militär-Despotismus neu einführende Gesetz über den Belagerungszustand vom 10. d. M. sofort zurückgenommen wird; 5) die bisher befolgte äußere Politik der Preußischen Regierung, namentlich das russisch-österreichische Bündniß aufgegeben, der von der deutschen Centralgewalt wieder aufgenommene dänische Krieg mit voller Energie zu Ende geführt, und die ebenso schmachvolle wie verderbliche Blokade der deutschen Häfen durch einen ehrenvollen Frieden aufgehoben wird.

Aus dem Preuß. Oberlande, den 14. Mai. Hier ist ein Landwehrmann deswegen, weil er — wie es ausdrücklich im Erkenntnisse heißt — „bei einer Volksversammlung eine schwarz-roth-goldene Fahne getragen, zu 1 Jahr Festung verurtheilt worden!

Köln, den 18. Mai, Abends. Die eben erscheinende morgige Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung," welche ganz mit rother Farbe gedruckt ist, enthält an ihrer Spitze ein „Abschiedswort" von F. Freiligrath, einen Aufruf an die Arbeiter Kölns, in welchem die Redaction vor jedem Putsch in Köln warnt, und einen Artikel Köln, mit der Anzeige: „Die „„Neue Rhein. Ztg."" hört einstweilen auf zu erscheinen." Beigefügt ist dem letzteren folgende Verfügung:

„In ihren neuesten Stücken tritt die N. Rh. Ztg. mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltsamen Umsturz und zur Einführung der socialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redacteur en chef dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht, welches er so schmählich verletzt, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubniß zum ferneren Aufenthalt in den hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergehenden Aufforderung nicht freiwillig Genüge leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen.

„Köln, den 11. Mai 1849. Königliche Regierung. Moeller.

An den königl. Polizei-Director Herrn Geiger hier."

Elberfeld, den 18. Mai. Folgendes möge zur Charakteristik der in Elberfeld statt gehabten Bewegung dienen. 1) Zuerst

ließen die Führer das Zuchthaus öffnen, um die Sträflinge zu ihren Verbündeten zu machen. 2) Zur Ausführung und Vollstreckung ihrer Befehle bildeten die Führer ihre Truppe aus dem Gesindel der ganzen Umgegend Elberfelds und aus eidbrüchigen Landwehr-Männern. Beide Klassen wurden zum Theil mit den aus dem Zeughause in Gräfrath gestohlenen Uniformen bekleidet. 3) Am Schluß des kurzen Trauerspiels ließen sich mehrere der Hauptführer dieser Bewegung, in deren Hände der Gemeinderath das Regiment der Stadt niedergelegt hatte, mit erpreßtem Gelde bezahlen, um die Stadt wieder zu verlassen. Das waren die Helden des Tages. Aus ihren Händen sollte das Volk sein Heil empfangen.

Elberfeld, den 19. Mai. (Elberf. Z.) Man hat nicht allein den zum Sicherheits-Ausschusse gehörigen Hühnerbein hierher gebracht, sondern man ist auch so glücklich gewesen, unseren Insurgenten-General v. Mirbach einzufangen und ihn mit einem kleinen Theil des von ihm gebrandschatzten Geldes her zu expediren. Beide wurden in der Gegend zwischen Lennep und Lüttringhausen eingefangen. Hühnerbein hatte sich in ein Haus versteckt und weinte wie ein kleines Kind, als er sich gefangen sah. Mirbach war von seiner Schaar verlassen und auf einer Wiese von den Bauern, mit Dreschflegeln, Hakken rc. bewaffnet, ergriffen. Von seinem versprengten Haufen hat man bei Schwelm an 30, bei Rückeswagen an 40 arretirt und auf der Eisenbahn hieher gebracht. Dem Aeußeren nach waren es alle armselige Menschen, die gewiß für etwas Anderes als für die Einigung des Deutschen Vaterlandes hierher gelockt waren.

Hagen, den 18. Mai. Die Avantgarde des Generals von Holleben unter General von Webern ist heute Nachmittag hier eingetroffen und von den Bewohnern der Stadt mit großem Jubel begrüßt worden. Der bei Iserlohn erfolgte Schlag hat hier so weit gewirkt, daß schon gestern Abend sich die hiesige Bürgerwehr freiwillig aufgelöst und sämmtliche Waffen auf dem Rathhause abgeliefert hat. Der General v. Webern ist hier; aber nicht die Berliner Landwehr, die sich auf dem ganzen Wege von Potsdam bis Hamm so undisziplinirt gezeigt hat, daß sie zur Strafe auf die Dörfer verlegt worden ist. Auf dem ganzen Zuge, auf jedem Bahnhofe im Inlande wie im Auslande, hat die Berliner Landwehr, und namentlich das erste Bataillon, durch sein Verhalten der Preußischen Waffe Schmach gebracht. Von allen Orten, die sie passirt hat, sind die empörendsten Berichte eingegangen. Um so rühmlicher aber ist das Verhalten des Berliner Garde-Landwehrbataillons, was auf dem ganzen Wege eine Haltung gezeigt hat, wie sie nur in einer bewährten alten Truppe zu finden ist. Wir werden morgen von hier aufbrechen und denken am Abend in Elberfeld zu sein. (D. R.)

Frankfurt, den 17. Mai, Abends. Gleich nach der Annahme des Welcker'schen Antrages (K. Z.) hat sich der Ministerrath versammelt, und sind zu demselben der Preußische Kommissar Oberst Fischer, so wie die Herren v. Kamptz, v. Rechberg und Xylander, die Bevollmächtigten Preußens, Oesterreichs und Bayerns, zugezogen worden. Das Ministerium, welches der Lächerlichkeit vor Europa Trotz geboten hat, wird der constitutionellen Mehrheit nicht weichen. Im Gegentheil, es bereitet den Staatsstreich vor, wozu der Preußische Commissar die Instruktion mitgebracht hat. Morgen, am Jahrestage der Eröffnung des Parlaments, ist wieder ein entscheidender Tag. Ich glaube nicht an eine gewaltsame Sprengung, wohl aber an eine Botschaft des Reichsverwesers, worin derselbe im Namen der Central-Gewalt erklärt, daß er die National-Versammlung nicht mehr als den Gesammt-Ausdruck des Volkes anerkenne und daher außer Verbindung mit ihr trete. Die Abberufung der sächsischen Abgeordneten ist bereits eingetroffen, und bis morgen werden die Verordnungen aus München und Hannover erwartet. Die Extreme sind nicht mehr zu vermeiden. Die Versammlung hat beschlossen, daß sie an jedem beliebigen Orte und zu jeder beliebigen Zeit ihre Berathungen fortsetzen könne. Sie wird demnach, wenn sie hier nicht länger sicher ist, sich in eine süddeutsche Stadt begeben. Man nennt Stuttgart und fügt bei, das Ministerium Römer werde dagegen keinen Einwand machen. Ist sie dort, so wird ihr erster Beschluß die Vernichtung der damaligen provisorischen Central-Gewalt und die Einsetzung einer aus ihrer Mitte gewählten Regentschaft sein. Was alsdann weiter geschieht, können nur die Ereignisse bestimmen. Die National-Versammlung zählt dermalen noch immer 324 Mitglieder. Ist auch anzunehmen, daß noch 50 bis 60 abfallen, so ist doch auf einen compacten Stamm von 250 unter allen Umständen zu rechnen. —

Frankfurt a. M., den 17. Mai. 222ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Anhörung des Programms des neuen Ministeriums. Die Sitzung wird um 4½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Minister-Präsident Grävell, Finanz-Minister Merk, Justiz-Minister Detmold.

Minister-Präsident Grävell antwortet auf eine neuliche Interpellation des Abg. Mohr wegen angeblichen Truppensendungen nach Mainz, daß von solchen auch nicht die geringste Meldung dem Reichs-Ministerium geworden und daß eine solche auch noch viel weniger von hier aus angeordnet worden sei. Der Vorsitzende meldet hierauf, daß ihm von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser die bekannte preußische Denkschrift vom 14. d. M. übersendet worden. Der Reichsverweser benachrichtigt ferner in einer Zuschrift den Vorsitzenden des Hauses von der Bildung des neuen Ministeriums. Wir erfahren aus der Zuschrift, daß die obersten Departements des Kriegs-Ministeriums einstweilen von den Herren General Eberle und Oberst Stavenhagen geleitet werden, und daß das Handels-Ministerium zur Zeit unbesetzt bleiben wird. Se. Kaiserl. Hoheit übersendet zugleich das Programm des neuen Ministeriums, welches der Vorsitzende verliest. Es lautet:

Die Errichtung des Verfassungswerks ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde hält die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend. Wie sie jedoch gern bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten (Oh; links), sobald die Hülfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird.

Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Gesetz vom 28. Juni angewiesenen Kompetenz von der der Reichs-Versammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerkes sich durchaus fern gehalten hat und ferner zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungsgewalt vor jeder Einmischung zu bewahren und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen. (Bewegung.) Dr. Grävell, Jochmus, Detmold, Merk.

Abg. Welcker stellt in Bezug auf das Programm den dringlichen Antrag: Die National-Versammlung erklärt, nachdem sie die Ernennung des Reichs-Ministeriums und dessen Programm vernommen, daß sie zu diesem Ministerium nicht das geringste Vertrauen haben könne (großer Beifall), sondern vielmehr diese Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Beleidigung der National-Versammlung betrachten müsse. (Großer Beifall.) Sie beschließt: An den Erzherzog Reichsverweser alsbald durch eine Deputation das bestimmte Ansuchen zu stellen, baldigst ein Reichs-Ministerium zu bilden, welches gewillt und geeignet ist, die Reichsverfassung durchzuführen und Höchstdessen Erklärung in Beziehung auf dieses Ansuchen entgegenzunehmen.

Abg. Freudentheil aus Stade stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

In Erwägung, daß nach dem parlamentarischen Verhalten, welches die angekündigten Reichs-Minister beobachten, nach den Grundsätzen, zu welchen sie sich bekannt, sie so wenig auf die Mehrheit innerhalb der Paulskirche, als außerhalb derselben sich Rechnung machen dürfen, vielmehr mit Gewißheit anzunehmen ist, daß ein Schrei der Entrüstung durch alle Gauen Deutschlands ziehen werde, wenn die designirten Reichs-Minister nur 24 Stunden im Amte bleiben werden (Große Heiterkeit), es demnach die Ehre und Pflicht der National-Versammlung dringend erheische, Minister solcher Geistesrichtung, als die der präsentirten, mit dem entschiedensten Unwillen sofort zurückzuweisen und dadurch Ausdruck dem Gefühle zu geben, welches das deutsche Volk aufregen wird, wenn es die Nachricht von dem neugebildeten Ministerium erhalten wird; in Erwägung ferner, daß selbst, wenn in Worten sich die besagten Minister den Grundsätzen der Majorität des deutschen Volkes und dieser Versammlung sollten anschließen wollen, dieser plötzlichen Sinnes- und Grundsatz-Umwandlung durchaus kein Vertrauen geschenkt werden darf; in endlicher Erwägung, daß dem Reichsverweser zwar die Wahl der Minister freisteht, selbstredend aber nach den Grundsätzen des Constitutionalismus, wenn solcher nicht zu dem unwürdigsten Gaukelspiel herabgewürdigt werden soll, vorausgesetzt werden muß, daß der Reichsverweser sich mit Räthen umgebe, die das Vertrauen und die allgemeine Achtung der Versammlung haben, erklärt die National-Versammlung:

Daß die angekündigten Minister das Vertrauen der Versammlung nicht besitzen und in keiner Beziehung auf die Unterstützung derselben sich Hoffnung machen dürfen. (Großer Beifall.)

Abgeordneter Welcker erhält das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Die Gefahren des jetzigen Augenblicks sind so groß, daß meine Worte zu klein sein möchten, um sie zu schildern. Kann es wohl noch eine Frage sein, ob nach Allem, was vorgegangen ist, nach dem verworfenen Minister-Programme, ein Ministerium mit einem solchen Programme möglich ist, ob es nicht gefährlich wäre für ganz Deutschland, wenn dasselbe am Ruder bliebe? Der Redner wünscht, daß dieser Antrag, ohngeachtet dessen anerkannter Dringlichkeit, dem Ausschusse zugewiesen werde.

Abgeordneter Freudentheil aus Hannover begründet seinen Antrag in kurzen Worten und schließt: Ein solches Ministerium kommt mir vor wie ein Hohn auf unser großes Deutsches Volk. (Beifall).

Abgeordneter Simon von Trier: Das vorgelesene Programm verletzt den Rechtsboden der vorhandenen Gesetze. Der Bundestag selbst hat erklärt, die Nationalversammlung habe die Aufgabe, die Verfassung zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande zu bringen. Sie steht also in der Mitte, und wer in der Mitte steht, schließt ab. Glauben zu wollen, daß die Versammlung in der provisorischen Centralgewalt eine ihr gegenüberstehende konstitutionelle Gewalt habe schaffen wollen, wäre ein Hohn auf sie selbst.. (Beifall.) Darüber war die Versammlung zu ihrer Zeit mit 512 Stimmen, als Abgeordneter Raveaux seinen bekannten Antrag stellte, einig. Die Minorität von damals kann uns vielleicht, wenn der neue Kriegsminister da sein wird, durch Gewalt beherrschen wollen, allein dann stehen sie auf dem Boden des Meineides, des Treubruches und des Verrathes. (Großer Beifall.)

Der Herr Erzherzog ist nicht, wie Herr von Gagern erklärte, zurückgetreten, sondern hat uns ein Ministerium mit einem Programm gegeben, welches der Untergang dieser Versammlung sein wird. Herr von Gagern hat dem Deutschen Fürstenthume einen großen Dienst erwiesen, aber schwarzen Undank geärndet, wie noch nie Jemand. (Großer Beifall.) Wir sind gespannt, wie derselbe seinen Weg jetzt nehmen wird. Der Herr Ministerpräsident hat uns angedeutet, daß er in Verhandlung mit Jemand treten wolle, und, wie es scheint, nach Preußischer Seite. Herr Bassermann weilt noch immer im feindlichen Lager, während Sachsen von dort aus bezwungen wird, die Preußischen Abgeordneten abberufen werden, und ein Manifest erscheint, worin Sie Alle thronumstürzende Empörer genannt werden. (Bewegung. Hört!)

Der Redner wirft einen Blick auf Süddeutschland und meint, daß man wie früher in Wien und Berlin der Auflösung durch konstituirende Versammlungen abhelfen müsse. Warum haben Sie mit der Vereidigung gezögert? Durch Ihr Zögern ist im Süden das Mißtrauen entstanden. Man sah dort, wie sich die Königreiche mit Oesterreich vereinigten, sich stützend auf Rußland. Der Redner stellt den Krieg mit letzterem als nothwendig dar und erklärt, daß er geführt werden wird, daß die Russen vom Deutschen Boden müssen, und wenn ihn die Versammlung nicht führe, so werde das Volk es thun. Der Herr Erzherzog Stephan war auch im Konflikte mit den Vertretern Ungarns; er entfloh, die Vertreter Ungarns votirten 200,000 Mann und 60 Millionen. Thun Sie desgleichen, daß ist mein Rath. (Großer Beifall.)

Abg. Jordan aus Berlin: Auf die bloße Auseinandersetzung des Vorredners hin können wir nicht über die Anträge abstimmen, wir müssen sie zuerst prüfen. Ich fürchte, wir sind auf dem Wege, zu sinken. Der Redner meint, es gehöre wahrhaftig kein Seherblick, um die facies hippocratica der Versammlung zu bemerken. Vor lauter Dringlichkeit und Dringlichkeit kommen wir nicht mehr zur Ueberlegung, und wenn diejenige Partei, welche nicht so genial zu sein glaubt, das Heil des Vaterlandes aus dem Aermel zu schütteln, um Bedenkzeit bittet, so nennt man sie zögernde Verräther. Der Redner macht der Versammlung hierauf Vorwürfe über die Art, wie gestern der Minister empfangen wurde. Auf der Tribüne stand nicht die Person des Herrn Dr. Grävell, sondern des Reichsverwesers Premierminister.

Abg. Nauwerck, für Welckers Antrag.

Die Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte ist zweifelhaft, die Diskussion wird daher fortgesetzt.

Abg. Buß erklärt sich für den Antrag des Abg. Jordan und meint, die Verfassung sei nicht dem Wunsch des Deutschen Volkes gemäß, sie lasse den Stämmen keine Freiheit, sie habe Oesterreich hinausgeworfen; auch die Demonstrationen zu Gunsten derselben seien nur erkünstelt und werden bald unterbleiben. Der Redner wird öfters von der Heiterkeit des Hauses unterbrochen.

Abg. Vogt: Ich werde von dem Gesichtspunkte aus gegen die augenblickliche Berathung des Programms stimmen, daß man morgen darüber berathe, ob und wie die Centralgewalt überhaupt aufzuheben und durch eine neue zu ersetzen sei. Der Redner drückt seine Unzufriedenheit mit der Centralgewalt aus, äußert den Wunsch, daß sich der Träger derselben entferne und scherzt über die Buß- und Strafpredigten der Arbeiter im Weinberge der Pius-Vereine. (Abg. Buß ruft zur Ordnung wegen der Aeußerung gegen den Reichsverweser. Der Vorsitzende erklärt, daß er der Mahnung des Abg. Buß nicht bedürfe. Abgeordneter Vogt meint, er habe nur einen Wunsch ausgedrückt, welchen er morgen in der Form eines Antrages in das Haus bringen werde.)

Das Ministerium, fährt er fort, wird ohne Majorität regieren, d. h. absolutistisch, und daß dies möglich ist, haben Sie verschuldet, als Sie beschlossen, daß die Centralgewalt Ihre Beschlüsse nicht durchzuführen habe. Sie müssen geradezu die Aggressive gegen die Centralgewalt ergreifen.

Abg. Freudentheil schließt sich dem Antrage des Abg. Welcker an. Da keine weiteren Redner eingeschrieben, stellt der Vorsitzende die Unterstützungsfrage zum Antrage des Abg. Jordan und schreitet zur Abstimmung. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung für den Antrag des Abg. Welcker wird unterstützt. — Der Antrag des Abg. Jordan wird abgelehnt.

Hierauf gelangt der erste Theil des Welckerschen Antrags zur namentlichen Abstimmung. Er wird mit 191 Stimmen gegen 12 Stimmen angenommen. 44 haben sich der Abstimmung enthalten. Abg. Welcker nimmt den letzten Theil seines Antrages zurück, in Erwartung, daß der Reichsverweser nach dem heutigen Beschlusse der Versammlung dem Wunsche derselben durch Bildung eines den Verhältnissen gemäßen Ministeriums entsprechen werde. — Mehrere Abgeordnete reichen eine Erklärung ein, daß sie sich deswegen der Abstimmung enthalten, weil derselbe an keinen Ausschuß verwiesen worden. — Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 7½ Uhr und beraumt die nächste auf morgen Freitag den 18 Mai 12 Uhr an.

Frankfurt a. M., den 18. Mai. Präsident Reh eröffnet die Sitzung 12¼ Uhr Mittags. An neuen Flottenbeiträgen sind eingegangen: 50 Gulden aus dem Traunkreise (Oesterreich), 40 Louisd'or von den Deutschen in Manila durch den Hamburger Konsul, 4 Thaler von einem Leipziger Studenten.

Von weiteren Anhänglichkeits-Adressen werden so viele angemeldet, daß die Angabe ihrer Ursprungsorte endlich in einem allgemeinen Geräusche untergeht.

Der Minister-Präsident Grävell beantwortet die Anrufung Ludwig Simon's vom 16. Mai dahin, daß nicht gegen die Reichs-Verfassung, sondern zur Wiedernahme von Rastatt und zur Dekkung der blosgestellten Badischen Gränze ein Armee-Corps von Würtembergischen und Großherzogl. Hessischen Truppen zusammengezogen werde. Daran wünscht Herr Grävell einige Worte über das Mißtrauensvotum zu knüpfen:

„Als das vorige Ministerium sich in die Nothwendigkeit gesetzt sah, dem Herrn Reichsverweser ein neues Programm vorzulegen, fand derselbe sich nicht bewogen, darauf einzugehen. Ich habe weder einen Beruf noch eine Veranlassung, mich über die bisherige Verwaltung auszulassen, eben so wenig über die Gründe, die den Herrn Reichsverweser bewogen haben, zu erklären, daß er auf dieses Programm nicht eingehe. Die natürliche Folge davon ist gewesen, daß das bisherige Reichsministerium seine Entlassung verlangt hat und daß, da der Herr Reichsverweser seinen Sinn nicht geändert hat, es auch dahin kommen mußte. Der Herr Reichsverweser hat sich viel Mühe gegeben, ein anderes Ministerium zu bilden, allein die Aussichten, die damit verbunden sind, sind von der Art gewesen, daß sich Niemand getraute, das Amt anzunehmen. Es ist ihm am Ende der Vorschlag gemacht worden, sich an mich zu wenden, und ich habe natürlich nur einwenden können, daß ich weiß, wie unbeliebt ich bei der Mehrheit der Versammlung bin (Auf allen Seiten: sehr wahr!), daß dies eine Schwierigkeit mehr sein würde in der Verwaltung des Amtes und daß ich daher gern davon dispensirt sein möchte. Was dann weiter verhandelt worden ist, gehört nicht zur Sache. Ich will Ihnen die Gründe anführen, die den Herrn Reichsverweser bewogen haben, nicht sofort abzutreten, und die uns bewogen haben, ihn nicht im Stiche zu lassen, sondern auf seinen Wunsch diesen unangenehmen Auftrag zu übernehmen. Bis an die letzten Tage der Verwaltung des vorigen Ministeriums ist von demselben ausgesprochen worden, daß es die Hoffnung zu einer Verständigung noch nicht ganz aufgegeben habe. Ich kann mir nicht denken, daß irgend Jemand ist, den nicht der lebhafte Wunsch beseelt, wenn Deutschland auf dem Wege des Friedens und der Eintracht zum Ziele zu bringen ist, daß dies nicht verhindert werde durch ein eigensinniges Bestehen auf nur wenigen Worten.

Denn es versteht sich von selbst, daß die Regierungen, wenn sie wesentliche Veränderungen vornehmen wollten, leeres Stroh dreschen würden. Dies vorausgesetzt, habe ich es für meine Pflicht gehalten, nicht zurückzutreten, und der Herr Reichsverweser hat den letzten Versuch gemacht, der noch übrig blieb, indem er gestern einen Courier mit einem Schreiben an den König von Preußen nach Berlin abgesandt hat. Dieser ist angewiesen, die entschiedenste Antwort zurückzubringen auf die kategorisch gestellte Frage. Ich werde nicht ermangeln, Ihnen Anzeige davon zu machen und zu erklären, ob überhaupt der gegenwärtige Zustand noch länger fortdauern kann. (Bewegung des Unwillens auf der Linken.) Ein

zweiter Grund, warum der Reichsverweser sich nicht entschließen konnte, sein Amt dazumal niederzulegen, lag in seiner Stellung selbst. Sie erinnern sich, meine Herren, daß er der Deputation der Reichs-Versammlung die Erklärung gab, daß er in Folge der eingegangenen Genehmigungen der Regierungen den an ihn gestellten Antrag übernehme. Sie werden sich erinnern, daß der Reichsverweser zwar in sein Amt hier eingeführt und verpflichtet worden ist, aber daß ihm dann der Bundestag im Namen der Deutschen Regierungen seine Gewalt übertragen hat. (Unruhe.) Als ein streng gewissenhafter Mann wird er sich nie beikommen lassen, sein Amt in eine andere Hand niederzulegen, als in die Hände derjenigen, die es ihm gegeben haben, das heißt in Ihre Hände. Er wird aber eben so und kann nicht anders als treuer Verwalter der von den Regierungen ihm anvertrauten Macht, diese Macht auch nur wieder in die Hände der Regierungen zurückgeben. (Lautes Gelächter auf der Linken.)

Ein dritter und entschiedenster Gegenstand war der Dänische Krieg. Bedenken Sie, welche Folgen jetzt ein Austritt des Herrn Reichsverwesers und eine Scheidung Deutschlands gehabt hätte für diesen Krieg. Bedenken Sie, daß die Ehre Deutschlands auf dem Spiele steht. Bedenken Sie, daß dort, nach dem, was schon früher bemerkt worden ist, der Kernpunkt der Vereinigung der Deutschen Völker in der gemeinschaftlichen Armee besteht, wozu ich noch füge, daß so eben eine Depesche von dem Englischen Kabinet eingetroffen ist, die einen Waffenstillstand beantragt. Dies sind die Gründe, die den Herrn Erzherzog bewogen haben, in seinem wichtigen Amte auszuharren, und unter diesen Umständen glaubte ihm das Ministerium seine Dienste nicht versagen zu dürfen.

Wedekind stellt den Antrag, einen von ihm vorgelegten „Gesetzvorschlag über die Verantwortlichkeit der Reichsminister" an einen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung zu überweisen.

Wesendonck und Zimmermann beantragen, daß die Ansprache des Königs von Preußen vom 14. Mai und die darin wider die Reichsversammlung erhobenen Beschuldigungen mit einer Aufforderung an das Deutsche Volk, zum Schutze der Reichsverfassung die Waffen zu ergreifen, erwiedert werde. Die Dringlichkeitsfrage soll indessen bis nach der Berathung des Antrags vom Dreißiger-Ausschusse verschoben werden.

Nach einer Pause, während welcher die Stimmzettel zur Wahl eines Schriftführers eingesammelt werden — sie fällt auf Herrn Goltz aus Brieg — und nachdem noch der Austritt des Abg. Herrn Rudloff (Hannover) zur Anzeige gebracht ist, geht die Berathung auf den Bericht des Dreißiger-Ausschusses über. Der desfallsige Mehrheits-Antrag, gestellt von 16 Stimmen gegen 12, lautet:

1) Es wird sofort mit absoluter Stimmenmehrheit eine Reichs-Regentschaft von 5 Mitgliedern durch die National-Versammlung und aus der National-Versammlung und dieser letzteren verantwortlich, zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung und der Beschlüsse der National-Versammlung gewählt.

2) Die Mitglieder der Reichs-Regentschaft leisten vor der National-Versammlung den Eid auf die Verfassung.

3) Sobald dies geschehen, hört die auf den Grund des Gesezzes vom 28. Juni 1848 eingesetzte provisorische Centralgewalt auf.

4) Die Reichs-Regentschaft tritt ab, sobald die Verfassung durchgeführt und das Reichs-Oberhaupt mit Ableistung des Verfassungseides die Reichsregierung angetreten hat.

Ein Minderheits-Antrag I., gestellt von den Abgeordneten Welcker, Eckert, Wurm und Kierulff dagegen macht den Antrag des Abgeordneten Biedermann mit Auslassung des 7. Punktes zu dem seinigen.

Ein zweites Minderheitserachten des Dreißiger-Ausschusses endlich lautet auf motivirte Tagesordnung. Es werden hierzu noch viele Anträge und Zusatz-Anträge gestellt und zum Theil wieder zurückgezogen. Der Antrag des Herrn Würth von Sigmaringen enthält nichts Geringeres, als das Verlangen, daß sich die Versammlung unter Anerkennung der Revolution als Konvent konstituire. In einem ganz anderen Sinne bewegt sich hingegen ein Antrag des Herrn Wedekind von Hannover, der den Erzherzog Johann durch den Prinzen von Preußen definitiv ersetzen will.

Zimmermann von Stuttgart schließt mit einer so dringenden Empfehlung für die Mehrheitsanträge, daß Alle, die nicht für dieselben stimmen, zu Blödsinnigen oder Verräthern werden.

Buß aus Freiburg will eine Ergänzung der Versammlung veranstaltet und von ihr das Verfassungswerk noch einmal aufgenommen sehen.

Löwe aus Kalbe spricht für den Mehrheitsantrag. Wenn eine Regierung, wie die gegenwärtige von Preußen, welche die Geschichte ihres Volkes an der Wurzel abschneidet und die Ehre der preußischen Nation in den Koth tritt, jemals die Mehrheit des Volkes für sich gewönne und sich erhielte, so würde ich aufhören, ein Preuße zu sein. Preußen ist ein Kulturstaat. Aber die jetzige Regierung kämpft gegen die Kultur. Herr Löwe fürchtet nicht, daß sich eine so verkehrte Gewalt der Barbarei und des Despotismus in Preußen für eine längere Dauer behaupte. Geschähe es, so wäre die protestantische Macht Deutschlands vernichtet. Nach Herrn Löwe sprachen noch die Herren Ahrens, Bresgen, Jordan, Henkel. Dann wird die weitere Berathung auf morgen, 10 Uhr Vormittags, vertagt.

Frankfurt, 19. Mai. Herr Venedey, der bereits seit vier Wochen unwohl, dennoch bis vor Kurzem dadurch sich nicht hat abhalten lassen, in den Sitzungen der National-Versammlung zu erscheinen, ist seit mehreren Tagen ernstlich erkrankt. Wir hoffen jedoch, daß er bald wieder hergestellt sein werde.

Frankfurt, den 19. Mai. Der vorgestrigen Nachmittags-Sizzung der Reichsversammlung wohnte auch der Abgeordnete Herr v. Itzstein bei, den das Gerücht an der provisorischen Regierung in Baden Theil nehmen ließ. Wie der Abgeordnete Peter bei einem überaus leidenden Gesundheitszustand in dieselbe gewählt werden konnte, begreift man nicht. Er scheint nur mit seinem Namen figuriren zu sollen.

Frankfurt a. M., den 20. Mai. Die Linke hat drei Deputirte an den König von Baiern abgesendet, um denselben zur Annahme der Verfassung unter Verheißung der Kaiserkrone zu bewegen. (D. R.)

— Das eben hier eingetroffene Karlsruher Regierungsblatt enthält das Dekret, in welchem die Auflösung der Kammern verfügt wird. Im Namen des Volkes verordnet der regierende Landes-Ausschuß die Auflösung beider Kammern Badens, so wie die sofortige Einberufung einer konstituirenden Versammlung. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Wahlfähig und wählbar ist jeder 21jährige Staatsbürger Badens. Die Wahlbezirke, von denen jeder vier Abgeordnete ernennt, bleiben wie bei den Wahlen zur Deutschen National-Versammlung. Die Wahlen geschehen direkt mit geheimer Stimmgebung. Sie finden am 3. Juni d. J. statt, und sieben Tage darauf, am 10. Juni, wird eine konstituirende Versammlung in Karlsruhe eröffnet werden. Das Regierungsblatt enthält unter anderen Dekreten auch eins in Bezug auf die Freilassung der politischen Gefangenen. Alle Verhafteten sind sogleich auf freien Fuß zu setzen.

Frankfurt a. M., den 21. Mai. In der heutigen Sitzung sind nur 189 Mitglieder anwesend. 77 Abgeordnete haben ihren Austritt erklärt, darunter 65, zu denen auch v. Gagern und Dahlmann gehören, mit beigefügter Motivirung. Der Versammlung wird ein Aktenstück mitgetheilt, durch welches auch die Sächsische Regierung ihre Deputirten zurückberuft. Eisenstuck und einige andere Sächsische Deputirte legen dagegen Protest ein. Der Rest der Weidenbusch-Partei (gegen 50 Mitglieder) stellt den Antrag auf Vertagung der Versammlung bis zum Juni; der Antrag fällt aber. Darauf stellt die Linke den Antrag, daß schon 100 Mitglieder beschlußfähig sein sollen; vor der Abstimmung entfernen sich indessen 50 Mitglieder, und die Versammlung ist, da nur 140 Mitglieder zurückbleiben, beschlußunfähig.

— In der heutigen Sitzung erklärte der Minister-Präsident Grävell mit Offenheit und Würde, daß das Ministerium nicht weichen, aber auch in der National-Versammlung die Vertretung des Volkes achten werde. Er gab als Gründe, weshalb der Erzherzog seine Würde als Reichsvrrweser nicht niedergelegt habe, an: 1) Hoffnung auf noch mögliche Verständigung über die Verfassung mit den Regierungen; 2) die Unmöglichkeit, es zu thun, ohne daß eine Vereinigung der Regierungen stattgefunden; 3) den dänischen Krieg und die Lage des zerfallenden Deutschlands dem Auslande gegenüber. Der Erzherzog-Reichsverweser, sagte der Minister, wird sein Amt in den Schooß der National-Versammlung und seine Macht in die Hände derer zurücklegen, die sie ihm gegeben, und hat deshalb einen Courier nach Berlin an Se. Majestät den König von Preußen entsendet.

Dieser Courier ist Herr v. Bally; er überbringt ein eigenhändiges Schreiben des Erzherzogs und eine Depesche des jetzigen Minister-Präsidenten. In seiner Instruktion ist er angewiesen, um Gottes willen Alles zu thun, was Se. Majestät von der Dringlichkeit, den hiesigen Nöthen abzuhelfen, überzeugen kann. Die Berathung der National-Versammlung wandte sich nun zu den Anträgen des 30er Ausschusses, welche die Durchführung der Verfassung betreffen und eine ganze Reihe Verbesserungen erhalten haben. Man wird heute die Debatte noch nicht schließen. Der Beschluß dürfte die angekündigte Regentschaft sein, welche den Austritt der Konservativen zur Folge haben wird. Ihnen folgt das linke Centrum zum großen Theile.

Darmstadt, den 16. Mai. Beim Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer der Stände der Großherzogthums zeigte der Großh. Kriegsminister an, daß auf Anordnung des Reichsministeriums die gesammten Großh. hessischen Truppen zur Bekämpfung des Aufstandes in Baden zusammenberufen, und vor der Hand zwischen Darmstadt und der badischen Grenze Quartiere beziehen, sowie, daß dem würtembergischen General v. Miller der Auftrag geworden sei, Rastatt wieder zu nehmen. — Nachrichten, welche so eben hier eingehen, machen wahrscheinlich, daß die Aufständischen in Baden nicht einen Angriff von Seiten der Reichstruppen abwarten, sondern daß sie selbst und zwar in sehr kurzer Zeit anzugreifen, und einen Hauptstreich auf Frankfurt zu unternehmen beabsichtigen.

Darmstadt, 17. Mai. Heute kam das großherz. 4. Infanterie-Regiment auf der Eisenbahn hier vorbei nach der badischen Gränze. Ihm folgte ein Bataillon des k. würtemberg. 4. Infanterie-Regiments, so wie später das 1. Bataillon des 8. würtemberg. Infanterie-Regiments, das die Nacht hindurch aus der Gegend von Frankfurt (Neuisenburg rc.) hieher marschirt war. Nachmittags gingen auch noch Reiterei und reitende Artillerie, letztere von Frankfurt aus mit der Eisenbahn, dahin ab, so daß jetzt bereits 6 Bataillone Hessen, 2 Bataillone Würtemberger, 1 Bataillon Nassauer, mit hessischer Reiterei und Artillerie, dort stehen, während hier noch 2 Bataillone mit Reiterei und Artillerie in Reserve sind und, wie man hört, noch bedeutende Truppenmassen, namentlich Preußen sich nähern. Diese haben bereits Oppenheim besetzt, wie man so eben vernimmt, gegen die nach Worms vorgedrungenen Freischärler, welche das dort stehende hessische Infanterie-Regiment am Abmarsche hindern wollten, allein zu spät kamen. Durch Oberhessen zieht ebenfalls, wie man hört, dieser Tage ein bedeutendes preußisches Truppen-Corps, vielleicht das Observations-Corps bei Wetzlar. Unser Observations-Corps gegen Baden befehligt der General Schäffer von Bernstein, ein sehr tüchtiger Officier, längere Zeit Gesandter in Berlin, auch in der neuesten Zeit als Reichs-Commissar zur Bestimmung der Demarcations-Linie in Posen öfters genannt. Ein Tagesbefehl des Großherzogs an die Truppen wird seine Wirkung auf ihr Pflichtgefühl gewiß nicht verfehlen.

München, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hat sich diese in eine sehr entschiedene Opposition zu dem Ministerium gesetzt, indem sie mit 71 gegen 58 Stimmen beschloß, eine Commission zu erwählen, welche eine Adresse an den König mit der Bitte um unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung entwerfen sollte.

Aus der Pfalz wird der sehr conservativen A. Z. geschrieben: Man läuft Gefahr die gegenwärtigen Zustände in der Pfalz ganz falsch zu beurtheilen, wenn man die verschiedenen Elemente nicht unterscheidet, die dermalen hier in Bewegung sind. Zu Grunde liegt das Hauptelement, der Gesetzlichkeitssinn der Pfälzer. Die Reichsverfassung ist ihnen ein Gesetz von der zu Recht bestehenden Behörde ausgegangen. Diesem Gesetz muß man wie jedem andern folgen. Das ist ihr Credo. Ihr lebendiger, rascher, praktischer Sinn gibt dann ihren Aeußerungen dieser Ueberzeugung das eigenthümlich Stürmische und Heftige, das man hier zu Lande nun aller Orten wahrnimmt. Ich habe es von den besonnensten, unterrichtetsten Leuten aussprechen hören, daß eine Anerkennung der Reichsverfassung von Seite der Regierung dieser ganzen Bewegung die Spitze abgebrochen haben würde. So lange die Pfälzer aber auf gesetzlichem Boden stehen, begeistern sich die edelsten und reinsten Gemüther für die Forderungen des Gesetzes. Sie machen sich keine Vorstellung von dem Enthusiasmus, der alt und jung, reich und arm ergriffen hat, und von der besonnenen Herrschaft des Gesetzes trotz allem dem Feuer der Begeisterung. Wir haben merkwürdige Züge davon erlebt. Mit diesem Enthusiasmus fürs Gesetz steht dann freilich das wilde Barrikadenfeuer der Condottieri der Revolution, die aus aller Herren Länder sich hier im gesegneten Lande zusammenfinden, in einem eigenen Gegensatz. Der Pfälzer wird aushalten, so lange es die Vertheidigung des Gesetzes gilt, wenn ihm der Grund dazu genommen ist, werden seine klaren Augen, von einem kalten Verstande unterstützt, bald herausgesehen haben, weß Geisteskinder ein Theil seiner lauten Gäste sind.

Kaiserslautern, 18 Mai. Das Läuten der Glocken und Kanonendonner verkündeten dem Volke die geschehene Wahl der provisorischen Regiernng. Die Gewählten nahmen an und verhießen, ihr ganzes Leben der Freiheit und Einheit Deutschlands zu weihen. Ein seit vielen, vielen Jahren gehegter Wunsch der ganzen Pfalz hat endlich seine Erfüllung gefunden! die Trennung der Pfalz von Baiern. Die badische Bruderhand, welche das Volk durch den Abgeordneten Schütz (von Mainz) der Pfalz reichte, wurde freudig ergriffen: einstimmig beschloß die Volksvertretung, ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden abzuschließen, und nach kräftigen, feurigen Worten des badischen Deputirten schwuren Alle, für die Einheit und Freiheit Deutschlands mit Gut und Blut einzustehen. Mehrere hier versammelte Militärs aus verschiedenen deutschen Staaten haben der provisorischen Regierung heute einen Organisations-Plan für Wehrhaftmachung des ganzen Volkes und Schöpfung eines Volksheeres im wahren Sinne dieses Wortes vorgelegt. Es ruht derselbe seinen Grundzügen nach auf Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr, auf Herstellung der Bewaffnung durch die Gemeinden und auf freier Wahl der Führer bis zum Bataillons-Commandeur. Die Volks-Bewaffnung wird nach Möglichkeit fortbetrieben. — Aus Landau sind heute früh wieder 50 Mann von der 2. Schützen-Compagnie mit Sack und Pack hieher übergegangen. Die gedienten Soldaten gehen von hier sogleich an die einzelnen Orte ab, um als Exercirmeister zu dienen. Gestern ist noch nach dem Hüttenwerk Hochstein, das den patriotischen Gebrüdern Gienanth zugehört, die Bestellung von 8 Geschützen abgegangen. Manner, deren Worte wir vollständig vertrauen können, versichern uns, daß nach dem erwähnten Plane binnen wenig Tagen 30,000 Mann Pfälzer, fremde Zuzüge abgerechnet, ausgehoben und organisirt sein werden. — Nächsten Sonntag um 11 Uhr findet auf dem Markte zu Mannheim eine Riesenversammlung zur Verbrüderung der insurgirten und zu insurgirenden Rheinlande Statt.

Pyrmont, 18. Mai. Unsere Regierung erklärt in einem Proclama, daß sie die von der Reichs-Versammlung ausgegangene Verfassung unbedingt anerkenne und daß sie sich an den Verhandlungen des vom Könige von Preußen ausgeschriebenen Congresses in keiner Weise betheiligen werde. Die von der Regierung offen dargelegten Absichten geben uns die Gewähr, daß wir hier auch fernerhin in dem Genusse der öffentlichen Ruhe bleiben werden, die wir bislang genossen haben, — ein Umstand, der für unseren Badeort von großer Bedeutung ist. Die Cur hat bereits begonnen, nud die fremden Gäste mehren sich von Tag zu Tag.

Wien, 18. Mai. Die Wiener Blätter fangen allgemach an, die Einnahme Ofens einzugestehen. Durch das strenge erneuerte Verbot, Nachrichten über Truppenbewegungen zu geben, sind unsere Zeitungen sehr dürftig an diesfälligen Neuigkeiten geworden und man vernimmt auch sonst nur wenig darüber.

— Von den verschiedensten Seiten wird bestätigt, daß die Stimmung des hiesigen Militärs sehr mißlich ist, und daß sich einzelne Abtheilungen entschieden geweigert haben, nach Ungarn abzumarschiren.

— Es erscheint mehr und mehr wahrscheinlich, daß ein Theil des jetzt in Mähren concentrirten russischen Corps in Wien garnisoniren wird. Briefe aus Galizien melden, daß die Einwohner mit den Russen sehr zufrieden sind. Es herrscht bei ihnen die strengste Disciplin; sie bezahlen alles baar und zeigen sich im allgemeinen bescheiden in ihren Forderungen. Die zwei Corps, welche Lemberg passiren sollen, bestehen aus Regimentern aus den entferntesten Provinzen des Kaiserreichs, wie Ochotsk, Kamtschatka u. s. w. Vom Kriegsschauplatz giebt es keine neuen Nachrichten. Dembinski steht mit 18,000 Mann bei Eperies und scheint sich bei einem Zusammentreffen mit den Russen nach Galizien werfen zu wollen.

Wien, den 20. Mai. Man bezeichnet den 13 Mai als den Tag, an welchem Ofen mit Sturm eingenommen worden sei, und bezweifelt nicht länger diese Thatsache, obschon unsere Blätter das tiefste Schweigen darüber beobachteten. Der Verlust der Ungarn dabei soll über 1000 Mann betragen haben; auch sei Pesth im Wege der Repressalien durch Bombardement arg zugerichtet worden. Man versichert, daß nunmehr auch Semlin in die Hände

der Ungarn gefallen sei. Auch spricht man von einem Siege bei Raab, in welchem die Oesterr. Truppen zum Rückzuge genöthigt wurden. — Ein allgemeiner Angriff hatte vorgestern auf der ganzen Linie der Oesterr. Truppen stattfinden sollen, wurde aber plötzlich widerrufen; der Widerruf soll indeß dem Corps des F.-M.-L. Zeisberg zu spät oder gar nicht zugekommen sein und die Gefangenschaft dieses Generals mit dem größten Theil seiner Truppen herbeigeführt haben. Bei den hier mannigfach vorwaltenden Sympathien für die Ungarische Sache ist jedoch die größte Vorsicht hinsichtlich der Aufnahme dieser und ähnlicher Nachrichten zu beobachten.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Heute Nachmittag 5 Uhr ward das Wahlresultat für das Seinedepartement amtlich bekannt gemacht. Die bereits mitgetheilte Liste war in Bezug auf zwei Namen unrichtig, indem nicht Bugeaud und Boissel, sondern Garnon und Perdiguier gewählt worden sind. Die größte Stimmenzahl hatte unter den 28 Gewählten Murat (134,825), die niedrigste Lasteyrie (107,820). Die Liste ergiebt 10 entschiedene Socialisten, 4 Anhänger der Partei des „National“, und 14, welche mehr oder minder aufrichtig der gemäßigten Partei zugethan sind.

— Zur richtigen Würdigung des Socialisten-Apostels Proudhon citirt der „Corsaire“ folgende Stellen aus dem im Jahre 1846 erschienenen Proudhon'schen „System der Widersprüche:“ „Communismus ist die fatale Folge des Socialismus und deßhalb ist Socialismus nichts, war nie etwas und wird nie etwas sein. Habt Ihr im Socialismus irgend etwas gefunden, außer Eitelkeit und Blödsinn? Als ein Mann, der nur das zu Verwirklichende und den Fortschritt will, weise ich den Socialismus mit meiner ganzen Kraft zurück. Er ist ideenleer, machtlos und unsittlich; er ist nur geeignet, Einfaltspinsel und Schurken zu machen.“

Großbritanien und Irland.

London, 18. Mai. Die Times melden, daß Lord Palmerston die von Dänemark gemachten Grundlagen eines Waffenstillstandes mit Deutschland gebilligt hebe. Danach solle vorläufig und einstweilen das Herzogthum Schleswig durch eine die Halbinsel von Husum nach Flensburg scheidende Linie getheilt werden. Das nördlich davon gelegene Gebiet solle Dänemark zufallen und von dessen Truppen so lange besetzt bleiben, bis die „Insurgenten“ „in ihren eigenen Hülfsmitteln die Kräfte zur Verlängerung des Widerstandes gefunden haben.“ Die südlich von jener Linie belegenen Theile Schleswigs und das ganze Holstein sollen, nach wie vor, von deutschen Truppen besetzt bleiben. Die Blockade der deutschen Häfen würde dann aufgehoben und Jütland von den Deutschen geräumt werden.

Italien.

Livorno, 12. Mai. Die Oesterreicher haben hier, nach Verhängung des Belagerungszustandes, grobe Exzesse verübt, z. B. die Fahne vom französischen Consulat abgerissen und im Koth gewälzt. Der französischen Flagge wurde jedoch heute vollständige Genugthuung gegeben, sie wurde mit kriegerischen Ehren wieder aufgehißt und mit 21 Kanonenschüssen begrüßt. Der Commandant Ghilardi und der Polizeidirektor sind erschossen worden.

Rom, 9. Mai. Der Enthusiasmus in Rom wächst mit jedem Tage. Familien, die bisher für ultra-conservativ galten, tragen ihr Silberzeug in die Münze. Die vornehmsten Frauen, die sich bisher versteckt hielten, meldeten sich als Krankenpflegerinnen in den Lazarethen. Heute traf der preußische Gesandte aus Gaeta mit dem neapolitanischen hier ein, um sich mit den Triumvirn in Verbindung zu setzen. Man will sich besprechen, und eine friedliche Lösung versuchen. — Die Nachricht von der Vereinigung der neapolitanischen und französischen Truppen soll sich noch nicht bestätigt haben.

Palermo, 7. Mai. Die Widerstandspartei hat hier die Oberhand erhalten. Ein Theil der, die hiesige Besatzung bildenden Freiwilligen hatte die Stadt verlassen, um Catania zu Hülfe zu eilen und die dem k. Heere entgegenstehenden Truppen zu verstärken, als die Nachricht von dem Falle Catania's und Syracusa's und den Erfolgen der k. Truppen aukam, allgemeine Entmuthigung sich der Gemüther bemächtigte und die friedliche Unterwerfung alsbald die meisten Anhänger fand. Sofort ging an den neapolitanischen Admiral eine Zuschrift ab, wonach mit ihm wegen Palermo's Unterwerfung unterhandelt werden sollte. Daraus war das Gerücht, daß sich Palermo schon unterworfen habe, entstanden. Vor der Rückkunft der Deputation schlug indeß die allgemeine Meinung um. Ein gewaltsam eingesetzter Ausschuß verleugnete die Deputation und traf alsbald Vorkehrungen zur Vertheidigung. Nunmehr setzte sich die neapolitanische Flotte nach Palermo zu in Bewegung, ebenso das Landheer. — So ist die Friedenspartei gestürzt. Die Times melden, daß am 4. eine Zahl Gebirgsbewohner unter Scordati die Stadt überfallen, die Bürgerwehr entwaffnet, die provisorische Regierung verjagt und eine neue unter einem gewissen Riso eingesetzt habe. Die Stadt bereitete sich auf einen verzweifelten Widerstand vor. Der General Filangieri steht einige Meilen von hier.

— Ueber die Einnahme Livorno's tragen wir Folgendes nach: Nachdem die Stadt schon capitulirt hatte, schossen die Insurgenten, welche sich in der Kathedrale verschanzt hatten, auf die Oesterreicher, die auf dem Hauptplatze ihr Mittagsmahl einnahmen. Diese feuerten sogleich mit Kartätschen in die Kirche, vertrieben ihre Gegner und sollen die, welche sie gefangen nahmen, später erschossen haben. Was sonst von durch die Oesterreicher vorgenommenen Executionen erzählt wird, müssen wir bis jetzt als bloßes Gerücht bezeichnen. — Die Gerüchte über den bevorstehenden Friedensschluß zwischen Oesterreich und Piemont dauern fort. Es heißt, Piemont würde 70,000,000 Frs., statt 70,000,000 Fl., als Kriegskosten zahlen. Oesterreich wird sich bemühen, den Herzog Karl Ludwig zur Abtretung der Herzogthümer Parma und Piacenza zu bewegen, welche Piemont einverleibt werden sollen. Außerdem wird an den ursprünglich von Oesterreich gestellten Bedingungen nichts geändert.

Die französische Regierung hat am Abend des 17. Mai folgende telegraphische Depesche des Generals Oudinot aus Castel Guido vom 13. Mai veröffentlicht: „Der Consul von Würtemberg, begleitet von einem römischen Stabsofficiere, ist im Hauptquartier mit Friedens-Anträgen angekommen.“ — Die römischen Blätter melden, daß am 6. Mai die spanische Fregatte „Le Masaredo“ vor dem Hafen von Fiumicino erschien. Der Commandant richtete an die Bewohner und Behörden eine Proclamation, in welcher er sie aufforderte, die päpstliche Flagge wieder aufzuhissen und ihrem rechtmäßigen Herrscher zu huldigen, wie es die anderen Küstenstädte Terracina, Nectuno und Porto d'Anzo bereits gethan. Er erklärte, er erscheine im Namen der vier katholischen Mächte, die sich vereinigt hätten, eine revolutionäre Regierung zu stürzen. Ueber den Erfolg dieser Aufforderung wird nichts berichtet.

Locales ꝛc.

Posen, den 23. Mai. Die neueste Nummer des Amtsblatts enthält folgende Verfügung: Sämmtliche uns nachgeordnete Behörden werden auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern hierdurch angewiesen, in allen Bekanntmachungen und Erlassen, die zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden sollen oder an Personen gerichtet sind, deren Bekanntschaft mit den in der Geschäftssprache vorkommenden Fremdwörtern nicht unzweifelhaft vorausgesetzt werden kann und denen dieselben daher zum Vorwande dienen können, Unkenntniß oder unrichtige Auffassung dessen, was verfügt worden, vorzuschützen, sich solcher Fremdwörter ganz zu enthalten. Es versteht sich übrigens von selbst, daß diese Anordnung sich nicht auf den Gebrauch solcher Wörter fremden Ursprungs bezieht, welche dem großen Publikum völlig bekannt und durch einen genau bezeichnenden deutschen Ausdruck nicht zu ersetzen sind.

Posen, den 6. Mai 1849. Königliche Regierung. I.

Musikalisches.

Für Anhänger und Freunde der Kirchenmusik diene die freudige Nachricht, daß bevor Fräulein Knopp in einem eignen Konzerte auftritt, sie in der Aufführung geistlicher Musik, die morgen in der hiesigen Garnisonkirche stattfindet, mitwirken wird, worauf wir um so lieber die Aufmerksamkeit der Musikfreunde lenken möchten, als, abgesehen von der Seltenheit hier geistliche Musik zu hören, Fräul. Knopp das hervorragendste Talent besitzt, Händel's und Bach's Gesänge zu einer allgemeineren Geltung zu bringen. Erinnert sie in ihrem Mißgeschick an die vor zwei Jahren hier gern gehörte Fräul. Bruns, da auch sie des Augenlichts beraubt ist, so verbindet sie ebenfalls die Vorzüge jener Sängerin, weshalb dieses Konzert der Gunst aller Freunde der ernstern Musik bestens empfohlen sein möge.

Kambach.

Berliner Börse.

Den 22. Mai 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld
Preussische freiw. Anleihe	5	101⅞	101⅝
Staats-Schuldscheine	3½	79¼	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	100
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¾	98¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	84⅞
Grossh. Posener "	4	—	96¾
" "	3½	80⅓	80
Ostpreussische "	3½	—	—
Pommersche "	3½	92 11/12	92 5/12
Kur- u. Neumärk. "	3½	93½	93
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88¼	87¼
Friedrichsd'or	—	13⅔	—
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13⅛	12⅝
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	77¾
" Prioritäts-	4	86½	—
Berlin-Hamburger	4	—	59
" Prioritäts-	4½	—	91
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52
" " Prior. A. B.	4	—	82¾
" " "	5	—	93
Berlin-Stettiner	4	—	87⅞
Cöln-Mindener	3½	76¼	76⅛
" Prioritäts-	4½	92¼	92¼
Magdeburg-Halberstädter	4	—	116
Niederschles.-Märkische	3½	—	71¼
" Prioritäts-	4	—	85¾
" "	5	—	98
" " III. Serie	5	93	92¼
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	92½
" " B.	3½	—	92½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	48¾
Stargard-Posener	3½	—	70¾

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.